



**Existenzgrund:** Am 13. Dezember 2007 wird Eveline Widmer-Schlumpf in den Bundesrat gewählt, elf Monate später konstituiert sich die BDP.

Bild Keystone

# Stürzt Widmer-Schlumpf, droht der BDP Bedeutungslosigkeit

**Die BDP muss sich vor den Wahlen im nächsten Herbst fürchten: Verliert sie Stimmen, ist die Zukunft von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf ungewiss. Und dann droht die BDP auf nationaler Ebene zur Juniorpartnerin der CVP zu werden.**

Von Dennis Bühler

Bern. – «Die BDP startet durch», titelte die «Südostschweiz» am 24. Oktober 2011 nach den letzten Nationalratswahlen. Über 5,4 Prozent der Stimmen und neun Sitze in der grossen Kammer konnte sich der damalige BDP-Präsident Hans Grunder freuen, vier Sitze mehr als nach der Abspaltung von der SVP während der vorangegangenen Legislatur. Mit dem Berner Werner Luginbühl wurde der einzige BDP-Ständerat im Amt bestätigt.

Drei Jahre später deutet nichts daraufhin, dass die Partei weitere Sitzgewinne feiern könnte. Der Eindruck aus der laufenden Legislatur ist zwiespältig – und die Formkurve zeigt nach unten: Zwar konnte die BDP im Thurgau und im Aargau Erfolge feiern, insgesamt aber hat sie heute in den Kantonen nur zwei Parlamentssitze mehr als im Oktober 2011 (77 Mandate in zehn Kantonen). Im wichtigen Kanton Bern ist die Partei im Frühling gar regelrecht abgestürzt (minus elf Sitze). Der Sprung über den Röstigraben ist bisher nicht geglückt. Und

## Das sagt der Blick in die Kristallkugel

Die Bundeshaushaltsredaktion der «Südostschweiz» vermutet, dass die BDP im Herbst 2015 Wähleranteile verlieren wird. Zu stark ist sie noch immer bloss die Partei von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf ohne klare, eigenständige und unverzichtbare Positionen. Fällt sie unter fünf Prozent und verliert mehrere Parlamentssitze, wird es für Widmer-Schlumpf eng. Über ihr Schicksal entscheidet aber nicht nur das Abschneiden der BDP, sondern auch jenes der verbündeten CVP – und nicht zuletzt auch jenes der FDP, deren zweiter Bundesratssitz im Falle einer Wahlniederlage ebenfalls stark ins Wanken kommt. (dbü)

## EVP: Wertkonservative Walze

Die Nationalratswahlen 2007 endeten für die Evangelische Volkspartei mit einer Enttäuschung: Heiner Studer, Aargauer Nationalrat und Parteipräsident, wurde abgewählt. Was 2011 nicht gelang, soll im nächsten Herbst erreicht werden: «Wir wollen nicht nur unsere beiden Mandate verteidigen, sondern den Sitz im Aargau zurückgewinnen», sagt die Berner Nationalrätin Marianne Streiff, die wie ihre Zürcher Ratskollegin Maja Ingold erneut kandidieren wird.

Mit Streiff hat die EVP, die mit der CVP eine Fraktion bildet, seit April dieses Jahres erstmals in der 95-jäh-

rigen Geschichte eine Frau an ihrer Spitze. «Wir sind als Partei, die sozialdenkend und wertkonservativ politisiert, einzigartig», sagt die 57-Jährige. Auffallen ist die EVP zuletzt vor allem mit dem zweiten Attribut. So hat sich Streiff entschieden gegen die «pornografische» Stopp-Aids-Kampagne des Bundesamts für Gesundheit gestellt. Werde weiter an der Logik der Provokation festgehalten, befürchte sie eine «Porno-Dampfwalze», liess sie sich zitieren.

Ob solches Zettermordio die angestrebten Wahlerfolge bringen wird, darf bezweifelt werden. (dbü)

## Lega: Ungebrochene Zugkraft

Das Jahr 2013 war für die Lega dei Ticinesi ein rabenschwarzes: Erst starb Parteigründer und Präsident Giuliano Bignasca, dann der erst kurz zuvor ins Amt gewählte Staatsrat Michele Barra. In diesem Jahr aber ist es für die populistische Protestbewegung wieder steil aufwärts gegangen: Im Februar feierten die Leghisten an der Seite der SVP das deutliche Tessiner Ja zur Masseneinwanderungsinitiative (68,2 Prozent), Ende September das Nein zu einer Beteiligung des Kantons an der Weltausstellung 2015 in Mailand. Die Lega hatte keinerlei Mühe gehabt,

die für das Referendum nötigen Unterschriften zu sammeln – ein klares Zeichen, über wie viel Zugkraft die Bewegung noch immer verfügt.

Vor elf Jahren verlor die Lega einen ihrer zwei Nationalratssitze. Ein Zugewinn im Herbst 2015 scheint realistisch. Wichtiger als die nationale Bühne ist der Partei aber ohnehin das Tessin. 2011 stieg die Lega bei den kantonalen Wahlen zur zweitstärksten Partei im Grossen Rat auf und schickte einen zweiten Mann in den fünfköpfigen Staatsrat. Im kommenden April muss sie diesen Erfolg bestätigen. Es wird ihr gelingen. (dbü)

## MCG: Hauptsache Schlagzeilen

Heute vor einer Woche sorgte das rechtspopulistische Mouvement citoyens genevois (MCG) letztmals für schweizweite Schlagzeilen: Ihr Abgeordneter Eric Stauffer führte sich im Genfer Grossen Rat derart unflätig auf, dass Ratspräsident Antoine Droin sieben Polizisten aufbot, um ihn des Saales zu verweisen – eine Premiere, aber bei weitem nicht das erste Mal, dass der 49-jährige Stauffer die Contenance verlor: 2011 hatte er sich mit einem Parlamentarier der Grünen geprügelt, 2012 einen Ratskollegen mit einem Wasserglas beworfen.

Bei den Genfer Grossratswahlen holte das MCG im letzten Jahr 20 der 100 Sitze. Seit November ist die Protestpartei mit dem vormaligen Nationalrat Mauro Poggia auch in der Regierung vertreten, im nationalen Parlament wurde er daraufhin von Roger Golay ersetzt. Der Versuch, in andere Westschweizer Kantone zu expandieren, ist bisher gescheitert. Das MCG vertritt zumeist SVP-nahe Positionen, erinnert im Stil aber an die Lega. Bei den Wahlen 2015 ist der Partei zuzutrauen, einen zweiten Nationalratssitz zu gewinnen. (dbü)

im Anfang Monat publizierten ersten SRG-Wahlbarometer werden der BDP bloss 4,8 Prozent Wähleranteil vorausgesagt – minus 0,6 Prozent.

### Die Fusion als «Horrorzenario»

Die Parteispitze um Martin Landolt, der Grunder 2012 als Präsident ablöste, weiss um die düsteren Aussichten. Um den Sitz ihrer Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf zu sichern, will sie enger mit der CVP kooperieren. Nur gemeinsam, so die nachvollziehbare Strategie, kann man die Wiederwahl sowohl von Widmer-Schlumpf als auch von CVP-Magistratin Doris Leuthard sicherstellen und so eine rechtsbürgerliche Regierungsmehrheit von SVP und FDP verhindern. Ab April 2015 wollen BDP und CVP eine gemeinsame Bundeshausfraktion bilden, in den Kantonen werden Listenverbindungen angestrebt. Indes: Nicht überall werden die Pläne der Parteioberen goutiert. Seine Kantonalpartei lehne strukturelle Verschmelzungen mit der CVP strikte ab, sagte in der NZZ etwa Benno Niggli, Vizepräsident der BDP Graubünden. Denn: «Eine Fusion wäre ein Horrorzenario.»



Tatsächlich ist nicht auszuschliessen, dass die BDP auf nationaler Ebene zur Juniorpartnerin der CVP verkommt, wenn sie ihre Wähler- und Sitzzahl im Herbst 2015 nicht wenigstens halten können. Denn je nach Abschneiden der FDP und der SVP ist die Zukunft von BDP-Bundesrätin Widmer-Schlumpf höchst ungewiss. Sollte das nationale Aushängeschild der Partei abgewählt werden, ist das eigenständige Bestehen der BDP gefährdet. Wohl würde die Partei in ihren Heimatkantonen Graubünden, Glarus und Bern sowie in einigen weiteren Deutschschweizer Kantonen weiterbestehen. Von nationaler Regierungsbeteiligung aber könnte sie nicht einmal mehr träumen.

Wie sagte Landolt doch in einem Interview mit der «Südostschweiz» zum 5-Jahr-Jubiläum der Partei im November 2013: «Der grösste Erfolg ist, dass es uns gibt.» Ein fast noch grösserer Erfolg wäre es, wenn Landolt dies – aus nationaler Perspektive – auch zum 10-Jahr-Jubiläum der BDP noch sagen könnte.

### AUS ERSTER HAND

## «Wir wollen und müssen wachsen»



Mit BDP-Parteichef Martin Landolt sprach Dennis Bühler

**Herr Landolt, wie lautet Ihr Ziel für die National- und Ständeratswahlen im kommenden Herbst?**

Martin Landolt: Wir haben das Ziel quantitativ noch nicht abschliessend definiert. Aber wir wollen und müssen wachsen. Primär geht es uns um die Anzahl Sitze, der Wähleranteil ist von untergeordneter Bedeutung.

**Der jüngste SRG-Barometer prognostiziert der BDP für 2015 allerdings einen Rückfall von 5,4 auf 4,8 Prozent. Wie wollen Sie dies vermeiden?**

Wir konzentrieren unsere Anstrengungen auf jene Kantone, in denen wir uns Chancen auf Zugewinne ausrechnen. Dort werden wir angreifen. Mit der CVP möchten wir möglichst in allen Kantonen Listenverbindungen eingehen. Diese engere Zusammenarbeit wird der BDP helfen. Wenn die Mitte insgesamt gestärkt wird, ist es weniger relevant, wer auf der Skala der Wähleranteile ein paar Zehntelpunkte dazu gewinnt und wer ein paar verliert.

**Welcher Partei wollen Sie Wähler اسپستگ machen?**

Das steht für mich nicht im Zentrum. In erster Linie wollen wir neue Wählerkreise, vor allem Junge, erschliessen. Es ist mir ein Anliegen, jene Hälfte der Bevölkerung anzusprechen, die selten bis gar nie abstimmt oder wählt. In der Mobilisierung sehe ich für die BDP grosses Potenzial.

**Ist der Sitz Ihrer Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf gefährdet, wenn die BDP Sitze verliert?**

Ich gehe nach wie vor davon aus, dass jene Kräfte, die Eveline Widmer-Schlumpf in den Bundesrat gewählt haben, sie im kommenden Herbst auch in der Regierung bestätigen und sie für ihre gute Arbeit belohnen werden.

**Zuletzt machten Sie Schlagzeilen, als Sie der SVP braune Tendenzen vorgeworfen haben. Die Partei führe die Schweiz in eine absolute Isolation, die wirtschaftlich und staatspolitisch sehr schädlich wäre, sagten Sie in einem Interview mit der «Schweiz am Sonntag». Sie positionieren die BDP wieder stärker als Anti-SVP. Weil es Ihnen misslungen ist, selbst Themen zu setzen?**

Nein, überhaupt nicht. Wir werden im Wahlkampf früh genug unsere Themen in den Mittelpunkt rücken. Schwerpunkt wird der Erhalt der bilateralen Beziehungen mit der EU sein, die seit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative gefährdet sind. Meine Äusserungen zur SVP sind durch das Gebaren dieser Partei in diesem Jahr hervorgerufen worden. Die vernünftigen Kräfte der Mitte müssen endlich aufwachen und sich klarer von der SVP abgrenzen.

**2011 hatten Sie leichtes Spiel: Man wählte BDP, um ein Zeichen gegen die SVP zu setzen und Eveline Widmer-Schlumpf zu stärken. Diese einfache Rechnung funktioniert jetzt nicht mehr. So einfach war es schon damals nicht. Was stimmt? Wir können uns jetzt nicht mehr als neue Kraft positionieren. Aber wir sind noch immer eine progressive Kraft, die eine hervorragende Alternative zur SVP und deren Abschottungskurs darstellt.**